



## NUN DROHT DIE PLEITE

# Schwedens Kommunen haben sich bei „Flüchtlingen“ übernommen

Von CHEVROLET | Ach, was waren sie glücklich, als die ersten „Flüchtlinge“ kamen: die Kommunen in Deutschland. Wahre Goldstücke, die für neues Leben sorgen, hochgebildete und zivilisierte Menschen, kurzum: besser konnte es nicht kommen. Und je mehr kommen, desto besser.

Doch was da aus den Zügen und Bussen stieg, war alles andere als das, was erwartet und von der großen Politik versprochen wurde. Fast zu 100 Prozent junge kräftige Männer, ohne Bildung, Beruf und Perspektive, kurzum Menschen von der Resterampe, mit denen schlicht nichts anzufangen ist in einem Land, das zu dem Zeitpunkt noch nicht absichtlich de-industrialisiert wird. Die jungen Herren fühlten sich wohl, gefüttert, mit einem Dach überm Kopf versehen und großzügig mit Geld alimentiert. Gedankt wurde das Verwöhnprogramm deluxe durch explodierende Kriminalitätsraten, Vergewaltigungen, sexuelle Belästigungen, Messerstechen und Morden. Das können sie eben, sonst halt nichts.

Und noch etwas können sie: Geld abzocken und mehr mehr mehr fordern.

Aber, nicht nur in Deutschland war und ist das so, auch in Schweden, wo die Kommunen jubilierten, wenn dann mal Tausende kamen.

Doch auch im Norden Europas kommt inzwischen – und als Patriot möchte man sagen endlich – das böse Erwachen, was für eine Brut man sich da ins Land geholt hat. Eigentlich war es jedem nicht verblendeten Geist klar, dass Merkels Mohammedaner-Sause nicht gut enden könnte, aber wer das voraussagte, war ein Nazi.

Doch immer mehr kommt hoch, was Sache ist. Nehmen wir das Beispiel Schweden.

Hässleholm ist ein Städtchen im Süden des Landes, so etwa zwischen Helsingborg im Westen und Karlskrona im Osten der Provinz Skane/Schonen. 300 „Flüchtlinge“ kommen dort auf 28.500 Schweden. Doch statt der Hochqualifizierten kamen wohl eher die Null-Qualifizierten ins Land, denn selbst nach drei Jahren genießen die Leute es, von Wohlfahrtsleistungen zu leben – und das übliche zu tun: an Ecken herumlungern, Bahnhöfen und ähnlichem.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Lars Johnsson, musste dann auch zugeben, dass 100 der Fachkräfte Analphabeten seien und weitere 200 keinerlei Bildung besäßen. „Die werden wohl niemals in Arbeit gebracht werden“, erklärte er der Zeitung [„Kristianstadsbladet“](#).

Entsprechend explodierten die Sozialkosten in Hässleholm. Waren es 2012 32 Millionen Schwedenkronen (2,9 Millionen Euro), so sind es 2019 schon 54 Millionen (50,2 Millionen Euro), und man erwartet, dass sie jährlich um sechs Millionen Kronen (5,6 Millionen Euro) ansteigen werden, weil es sich die „Flüchtlinge“ ja in der sozialen Hängematte bequem gemacht haben. Um finanziell überleben zu können, bräuchte Hässleholm 100 Millionen Schwedische Kronen (93 Millionen Euro), so Johnsson.

Nicht anders als in Hässleholm ist es im mittelschwedischen Filipstad, [wie der Sender SVT berichtet](#). Auch dort wurden die „Flüchtlinge“ einst bejubelt, und nun stellt man überrascht fest, dass sie kein Gewinn, sondern eine Last bis in alle Ewigkeit sind.

„In der Gruppe Migranten und Flüchtlinge herrschen Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von sozialen Wohltaten vor. Es besteht das Risiko, dass die für immer alimentiert werden müssen“, so Claes Hultgren von der Stadt. „Viele sind zu alt und ungebildet oder einfach Analphabeten“, so Hultgren.

Unterdessen verließen immer mehr einheimische Schweden die Stadt, mit dem Ergebnis, dass Jobs nicht mehr besetzt werden könnten, weil die „Neuen“ nicht dazu zu gebrauchen sind.

Doch nicht nur Provinzstädte betrifft das, selbst Göteborg klagt über den Fortzug von gebildeten, jungen Menschen, die auch als Steuerzahler verschwinden.

Und in Stockholm rieb man sich unlängst verwundert die Augen, dass es noch nie so viele Ungebildete und Analphabeten in der Hauptstadt gab. Da funktioniert die Umvolkung ganz gut: Die Schweden, die gebildet sind, ziehen ins Umland, in der Metropole bleibt dann nur der Bodensatz aus den Shitholes des Planeten.



# Schweden immer gefährlicher

Von CHEVROLET | „Flüchtlinge“ sind nicht krimineller als Deutsche, wird den Deutschen immer gebetsmühlenartig eingetrichtert, und alle Statistiken belegen das natürlich. Also wird das stimmen, sollen die Bürger glauben. Gut, lassen wir das so stehen.

Schauen wir bei der Wahrheitssuche einfach mal nach Schweden. In Schweden ist bekanntermaßen Vieles anders, die Möbel, die Autos, das Essen, und Asperger-Kinder können sehen, was sonst niemand sieht. Und offenbar auch die „Flüchtlinge“ (die das Land so gerne loswerden möchte) sind ganz anders.

Denn durch sie und die Migranten, die es nach Schweden zieht, sieht sich das nordische Königreich mit einer Flut von Ausländern aus gewissen Ländern konfrontiert, die zu erheblicher Gewalt und Kriminalität führen. Längst hat selbst die Feuerwehr Angst in einige Stadtteile zu Einsätzen vorzudringen, weil dort ganz andere das Sagen haben.

Natürlich wird das im Gutmenschenland Schweden auch nicht offen gesagt, mehr noch, es wird versucht, eine Zensur auszuüben, aber wer genau hinschaut oder sich auch als Besucher ein wenig in Schweden auskennt, wie der Autor, weiß schnell Bescheid, wie Schweden „funktioniert“.

Wird also ein Stadtteil genannt, und man war vielleicht einmal in der Gegend, weiß man sofort, was Sache ist und wer sich da „vergnügt“.

Vor ein paar Tagen wollte die schwedische Polizei eine Liste öffentlich machen, auf der die aktuelle Situation dargestellt werden sollte, also die Namen der Stadtteile genannt werden, die als „No-Go-Areas“ gelten oder als „gefährlich“ betrachtet werden, man also auch besser meiden sollte.

Die Stadtverwaltung von Linköping im mittelschwedischen

Östergötland zum Beispiel aber, deren Stadtteil Skäggetorp es auf die No-Go-Area-Liste geschafft hatte, wollte die Veröffentlichung verhindern, [berichtet der schwedische Rundfunk SVT](#). Stadtrat Nikolas Borg schimpfte: „Die Liste dämonisiert das Viertel und schafft erst Unsicherheit“.

Davon ließ sich die Polizei jedoch nicht abhalten. „Uns ist es wichtig, die Fakten transparent darzulegen, um dann gemeinsam mit den betroffenen Bereichen dagegen angehen zu können“, so Mats Löfving von der Polizei.

Die Kommunen sorgen sich wohl um ihren Ruf, darum, dass Investoren einen Bogen um sie machen könnten und dass auch Besucher lieber fernbleiben.

Auffällig ist, dass auch kleinere Kommunen in der Liste enthalten sind, nicht nur Städte wie Stockholm und Södertälje, Göteborg oder Malmö. Auch zu finden auf der Liste des Versagens des Staates ist das kleine Kristianstad, ein 40.000-Einwohner-Städtchen im Nordosten der Provinz Skane, das Urlauber passieren, die von den südschwedischen Fährhäfen Trelleborg oder Ystad zum Beispiel zur Insel Gotland wollen. Sie fahren am No-Go-Bezirk Charlottesborg unmittelbar vorbei.

### **PI-NEWS-Service für Schwedenreisende**

Als Service für die Leserinnen und Leser dieses Blogs, die vielleicht in diesem Jahr noch nach Schweden zum Urlaub reisen wollen, veröffentlicht PI-NEWS hier die amtliche Liste der schwedischen Polizei über die Problemregionen im Land, damit Reisende gewarnt sind.

Gefährliche Gebiete (Quelle: [SVT Nyheter](#)):

- Fröslunda, Eskilstuna
- Klockaretorget, Norrköping
- Lagersberg, Eskilstuna
- Navestad, Norrköping
- Rannebergen, Göteborg

- Skogås, Huddinge
- Vårby, Huddinge
- Älvsjö / Solberga, Stockholm
- Andersberg, Halmstad
- Brandbergen, Haninge
- Bredäng, Stockholm
- Bäckby, Västerås
- Charlottesborg, Kristianstad
- Edsberg, Sollentuna
- Finnsta, Upplands Bro
- Gamlegården, Kristianstad
- Hagsätra / Rågsved, Stockholm
- Hisings Backa, Göteborg
- Hässelby / Vällingby, Stockholm
- Råslätt, Jönköping
- Skiftinge, Eskilstuna
- Sångvägen, Järfälla
- Termovägen, Järfälla
- Vårberg, Stockholm
- Östberga, Stockholm
- Jordbro, Haninge
- Kronogården / Lextorp / Sylte, Trollhättan
- Storvreten / Tumba

#### Risikobereiche:

- Gårdsten, Göteborg
- Holma / Kroksbäck / Bellevuegården, Malmö
- Oxhagen / Varberga, Örebro
- Süden, Helsingborg
- Tjärna Ängar, Borlänge
- Tureberg, Sollentuna
- Dalhem / Drottninghög / Fredriksdal, Helsingborg
- Fornhöjden, Södertälje
- Hovsjö, Södertälje
- Rissne / Hallonbergen, Sundbyberg

#### Besonders gefährliche Gebiete:

- Araby, Växjö
- Bergsjön, Göteborg
- Husby, Stockholm
- Rinkeby / Tensta, Stockholm
- Skäggetorp, Linköping
- Südliches Sofiel und Malmö
- Alby, Botkyrka
- Biskopsgården, Göteborg
- Fittja, Botkyrka
- Gottsunda, Uppsala
- Hallunda / Norsborg, Botkyrka
- Hammarkullen, Göteborg
- Hjällbo, Göteborg
- Hässleholmen / Hulta, Borås
- Karlslund, Landskrona
- Lövgärdet, Göteborg
- Norrby, Borås
- Nydala / Hermodsdal / Lindängen, Malmö
- Rosengård, Malmö
- Tynnered / Grevegården / Opaltorget, V Frölunda
- Vivalla, Örebro
- Ronna / Geneta / Lina, Södertälje



**Schweden**

**fürchtet**

# Familiennachzug

Von CHEVROLET | „Familiennachzug“, ein Schlagwort, das das Nachholen von „Familienangehörigen“ durch die „Flüchtlinge“ der vergangenen Jahre bedeutet. Da arabische, afrikanische und generell moslemische Familien zumindest „recht groß“ sind und inzuchtbedingt durchaus mal ganze Dörfer umfassen können, oder auch gleich mal eine Handvoll Ehefrauen und entsprechend dutzende Kinder, können das sehr viele Menschen werden, die sich da leistungsfrei im deutschen Sozialsystem einnisten werden.

Aber die großartigen Politiker sagen, dass es gar nicht so viele werden.

In Schweden, wie Merkel-Land auch nicht gerade bekannt für Ehrlichkeit in Sachen „Flüchtlinge“ und der Folgen der Invasion, bekommt man langsam aber Angst, was da über das Land von Pippi Langstrumpf, Volvo und IKEA hereinbrechen könnte.

Anders Knappe, der Vorsitzende des schwedischen Städte- und Gemeindebundes SKL, warnte das Land vor einer neuerlichen Migrantenkrisis durch den „Familiennachzug“, der auch als Ketten-Migration bezeichnet wird. Schwedens Kommunen würden nicht in der Lage sein, die daraus entstehenden gigantischen Kosten zu stemmen, [berichtet „Aftonbladet“](#).

„Auf Schweden kommt die zweite Welle des Flüchtlingszuzugs zu, die Familieneinwanderung. Wir wissen aber nicht, wie groß diese Welle wird. Sie kann sehr stark sein und Zahlen wie 2015 und 2016 erreichen.“ Der größte Teil der Familien-Einwanderung wird sicher zunächst in die Kommunen führen, die jetzt schon eine angespannte Situation haben, so Knappe.

Einige Kommunen im Land spüren bereits jetzt die Folgen der ungehemmten Einwanderung Versorgungssuchender. Urban Hansson Brusewitz, der Chef des Nationalen Instituts für Wirtschaftsforschung (KI) sagte bereits voraus, dass es dazu



kommen würde, dass die Kommunen die Steuern drastisch erhöhen müsste, kurzum eine Entwicklung, die ja auch auf Deutschland zukommt, wo die Regierung ja bereits eine CO2-Steuer ins Auge gefasst hat, durch deren Einnahmen die Versorgung der Kostgänger gesichert werden könnte.

Anders Knapes Kritik wurde natürlich vom Gutmenschen-Komplex in Schweden sofort zurückgewiesen. Fredrik Söderberg, Sprecher der Migrationsbehörde: „2019 erwarten wir, dass etwa 27.000 Menschen kommen, danach nur noch 20.000 in den Jahren 2020 und 2021.“ Das wären dann so viel wie 2016 und 2017, als 68.000 Menschen an die schwedischen Fleischtöpfe drängten.

Anders Knappe dagegen warnte, dass die Migrationsbehörde schon in der Vergangenheit mit ihren zu niedrigen Zahlen falsch lag. Der Familiennachzug werde unterschätzt und man müsse sich auf große Zahlen von Menschen vorbereiten, die es sich im Sozialsystem bequem machen wollten.

Schwedens Migrationsminister Morgan Johansson dagegen freut sich auf die Massen von „Familienangehörigen“, denn dies sei [gut für die Integration](#).



**Professor will IS-Kämpfer**

# gegen schwedische Konservative tauschen

Von ALSTER | Ein schwedischer Hochschulprofessor der Södertörn-Universität, der unter anderem Polizeibeamte ausbildet, schlägt vor, dass Schweden konservative Politiker und bestimmte Leitartikelschreiber gegen IS-Terroristen austauschen sollte. Andreas Pettersson, Rechtsanwalt und Professor für Sozialrecht an der Universität Södertörn, hat mit einem Vorschlag zur Debatte über die Heimholung von IS-Terroristen mit schwedischer Staatsbürgerschaft beigetragen: „Können wir nicht einfach einen Austausch mit Syrien aushandeln? Wir nehmen die IS-Terroristen mit nach Hause, und sie nehmen Tobé, Kristersson, Åkesson und die Redaktionsleiter von SvD mit?“, [schrieb Andreas Pettersson auf Twitter](#).

Gemeint sind drei schwedische Spitzenpolitiker sowie die Chef-Redaktionen der Zeitungen Göteborgs-Posten (GP) und Svenska Dagbladet (SvD). Die Politiker, [die er erwähnt](#), Jimmie Åkesson (Parteichef der Schwedendemokraten), Tomas Tobé (Rechtssprecher, Moderaterna) und Ulf Kristersson (Parteichef, Moderate) haben sich mit klarer Kritik an der schwedischen Politik gegenüber den IS-Terroristen hervorgetan – so auch mehrere Journalisten der Zeitungen Göteborgs-Posten und Svenska Dagbladet.

Nachdem der amerikanische Präsident Donald Trump die Europäer mal wieder so richtig aufgeschreckt hat, als er sie um Aufnahme und Verurteilung von hunderten von gefangenen Kämpfern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) aufrief, wird auch in Schweden heftig darüber debattiert, wie man mit dieser Spezies der Korangläubigen umgehen soll.

Bis dato gibt es in Schweden kein landesweites Konzept für den Umgang mit islamischen Terroristen. Es ist Aufgabe der Kommunen, diesen Leuten zu helfen, sich zu entradikalisieren,

doch unklar ist, wie das gehen soll. So warten die Behörden in der Stadtverwaltung von Stockholm darauf, dass die ehemaligen IS-Kämpfer auf sie zukommen.

Schon im Oktober 2013 reichten die Schwedendemokraten einen Antrag in Bezug auf Terror-Reisende ein. Der damals von den Linken abgelehnte Antrag enthielt Vorschläge sowohl zur Ausweisung von Personen, die den Terrororganisationen beigetreten waren, als auch zur Rücknahme der Staatsbürgerschaft für IS-Rückkehrer.

Nach dem islamischen Attentat am 7. April 2017 in Stockholm sollten die Anti-Terrorgesetze verschärft werden, was jetzt erst Mitte 2019 oder später, wenn überhaupt, erfolgen soll. Justizminister Morgan Johansson erklärte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, wie dies praktisch vonstatten gehen soll. So müsse etwa auch die Mitgliedschaft in einer Terrororganisation an sich strafbar sein. Rückwirkend kann das neue Gesetz nicht greifen.

Die Bedrohung Schwedens durch den Terrorismus ist nach [Einschätzung des schwedischen Inlandsgeheimdiensts „Säpo“](#) (Säkerhetspolisen) sehr hoch. Die Anzahl der gewalttätigen Extremisten in Schweden besteht nach Angaben der Behörde aus etwa 3000 Personen. Davon sind knapp über 2000 islamisch motivierte Extremisten, während es sich beim Rest um rechtsextrem und linksextrem motivierte Extremisten handelt. Die Anzahl der islamisch motivierten Extremisten hat sich laut Säpo innerhalb von nur sieben Jahren verzehnfacht. Damit sind islamisch motivierte Extremisten in einem Land mit einer muslimischen Minderheit dramatisch überrepräsentiert.

---



# Schweden: „Neuer“ Regierungschef ist der abgewählte Sozialist Löfven

Von ALSTER | Am Freitag bestätigte das schwedische Parlament den Sozialdemokraten Stefan Löfven als „neuen“ Regierungschef. Er erhielt 115 Ja-Stimmen und 153 Nein-Stimmen bei 77 Enthaltungen. Für eine Ablehnung Löfvéns hätten 175 Abgeordnete mit ‚Nein‘ stimmen müssen. In Schweden muss ein Kandidat für das Regierungsamt bei der Abstimmung keine Mehrheit haben, sondern es reicht, wenn keine Mehrheit gegen ihn stimmt. Stefan Löfvén wird wie bisher eine rot-grüne Minderheitsregierung leiten. Für Mehrheiten im Stockholmer Reichstag ist er allerdings auf die Hilfe bisheriger politischer Gegner angewiesen.

Der chaotische 131 Tage andauernde Regierungsbildungsprozess war dadurch gekennzeichnet, dass die Parteien die Schwedendemokraten (mit 17,5 Prozent gewählt) von jeglicher Macht fernhalten wollten. Stefan Löfvéns Wahl war möglich geworden, nachdem die Zentrumsparterie und die Liberalen aus der bürgerlichen Allianz ausgeschieden waren.

Nach monatelangen Diskussionen hatten sie Löfvén ihre Unterstützung zugesagt. Hierbei hat die Soros-Freundin [Annie Lööf](#) (Zentrumsparterie) federführend und mit viel Getöse die Bürgerliche Allianz gespalten ([PI-NEWS berichtete](#)). Ihre Partei und die Liberalen haben mit den Sozialdemokraten und

den Grünen eine Vereinbarung ausgehandelt, die unter anderem leichtere Familienzusammenführungen vorsieht.

Zuletzt hatte die kommunistische Linkspartei noch für Aufregung gesorgt. Die Partei ist seit langem ein Mehrheitsbeschaffer für die Sozialdemokraten. In der Übereinkunft zwischen Sozialdemokraten, Grünen, Zentrumspartei und Liberalen wurde ausdrücklich festgeschrieben, dass die Linke (Linksextremen) keinen politischen Einfluss auf die Regierung nehmen dürfe. Das hatte Teile der kommunistischen Partei dermaßen empört, dass sie damit drohten, gegen Löfvén zu stimmen. Erst die Versicherung des Sozialdemokraten, dass er in einzelnen Sachfragen weiter mit ihnen zusammenarbeiten werde, machte den Weg frei für seine Wahl. Damit sind „vier Jahre weiter so“ programmiert, denn den Sozialismus in seinem Lauf hält bekanntlich weder Ochs noch Esel auf. 131 Tage Chaos münden also in eine absurde Regierungsbildung.

### **Die sozialistische EU gratuliert hochofreut**

Stefan Löfven sagte in der Pressekonferenz nach dem „Wahlsieg“, dass Schweden mit dieser Regierungsform einen anderen Weg gewählt hätte als in der übrigen Welt, wo der „Rechtsextremismus“ seinen Einfluss verstärken würde: „Immer mehr Parteien werden von antidemokratischen Parteien abhängig. Schweden drohte bei den Wahlen 2018 eine ähnliche Situation, nämlich dass die Regierung abhängig von den Schwedendemokraten werden würde.“ Löfven argumentierte weiter, dass seine Regierung nun mit Hilfe der Linkspartei (vormals Kommunisten) für Demokratie und die Gleichberechtigung aller Menschen stehe und dafür sorgen würde, dass die SD niemals Einfluss bekommen würde.

So kamen denn auch begeisterte [Glückwünsche aus Brüssel](#): „Mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union stehe, freue er sich, weiter auf Löfvéns Führungsstärke und Zusammenarbeit zählen zu können, erklärte EU-Ratspräsident Donald Tusk.“

Fast jeder zweite Schwede glaubt, dass die neue [Regierung für Schweden schlecht](#) sein wird. Politische Beobachter in Stockholm sprechen von einer schwachen Regierung, die möglicherweise nicht die gesamte Legislaturperiode überstehen wird. Zudem muss Stefan Löfven in diesem Jahr mit einem von den bürgerlichen Parteien und den Schwedendemokraten verabschiedeten Haushalt regieren.

---



## „Flucht“ aus Skandinavien gen Deutschland

Von ALSTER | Im September 2015 versuchten etliche von Merkels „Flüchtlingen“ von Kiel aus mit Fähren nach Schweden zu gelangen. Sie wurden unter anderem mit der Stena Line von Kiel nach Göteborg gefahren.

Die Polizei übernahm damals die Kosten. Obwohl die meisten auf der Durchreise ins schwedische Malmö waren, wurden die Migranten auch [am Kopenhagener Hauptbahnhof rot/grün empfangen](#) (ja, auch solche Dänen gibt es).

Aus der Hafenstadt Rødby nahmen dutzende Dänen „Flüchtlinge“ Richtung Schweden mit, manche fuhren sie über die Öresund-Brücke oder segelten mit ihnen ans andere Ufer.

**2018 wird zurückgeflüchtet**

Die [Kieler Nachrichten](#) melden: In Schleswig-Holstein greife die Bundespolizei immer mehr Flüchtlinge auf, deren Asylanträge in Skandinavien abgelehnt worden seien und die so einer Abschiebung entgehen wollten. Binnen eines Jahres habe sich die Zahl der Rückkehrer in Kiel, Puttgarden und Lübeck mehr als verdoppelt.

„Es vergeht kein Tag, an dem es keine Aufgriffe von Skandinavien-Rückkehrern gibt. Zum einen gibt es bei uns keine Grenzkontrollen wie in Bayern, zum anderen fehlt uns das notwendige Personal für umfangreichere Stichproben in Häfen, Zügen und Fernbussen“, sagt Dirk Stooß von der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

*1500 Migranten hat die Bundespolizei nach Informationen unserer Redaktion bis Mitte Dezember in Kiel, Lübeck und dem Fährhafen Puttgarden aufgegriffen. Zum Vergleich: 2017 waren es 620 Flüchtlinge gewesen, die in den Seehäfen gestoppt wurden.*

*Auslöser des verstärkten Zuzugs sei die verschärfte Einwanderungspolitik Schwedens. Immer mehr Migranten würden abgelehnt und aufgefordert, das Land zu verlassen. „Aus Angst vor Abschiebungen in die Heimat, aber auch wegen des Handgelds, das die Behörden in Schweden angeblich zahlen, treten viele abgelehnte Asylbewerber eiligst den Rückweg nach Deutschland an“, berichtet ein Bundespolizist und spricht von großer Frustration seiner Kollegen. „Egal, ob die Flüchtlinge bereits registriert sind oder nicht, das Einzige, was uns bleibt, ist, die Personen aufzufordern, sich in der Erstaufnahme in Neumünster oder bei der Ausländerbehörde ihres Registrierungsortes zu melden.“ Tatsächlich würden dort aber nur die wenigsten Migranten ankommen. Die meisten tauchen unter, versuchen zu Angehörigen oder Freunden in anderen Bundesländern zu gelangen oder ziehen weiter nach Frankreich oder Spanien.*

Auch der Bahnhof in Flensburg (Grenzstadt zu Dänemark) ist in den vergangenen Monaten ein zentraler Einsatzbereich der Bundespolizei geworden. Täglich werden Personen aufgegriffen, die sich ohne erforderliche Papiere von Dänemark nach Deutschland begeben. Hunderte, meist aus dem Nahen Osten, sind es in den vergangenen Wochen und Monaten gewesen.

„Ob die Asylanträge der Personen in nordischen Ländern wie Dänemark, Schweden, Norwegen oder Finnland abgelehnt worden sind, können wir bei der Überprüfung nicht feststellen. Feststellbar ist aber, ob sie als Asylantragsteller registriert worden sind“, erläutert Hanspeter Schwarz, Pressesprecher bei der Bundespolizeiinspektion Flensburg [gegenüber der SHZ](#).

Diese armen „Flüchtlinge“ wollen zurück gen Süden, weil der Asylantrag abgelehnt wurde und sie die Abschiebung fürchten, andere fühlen sich schlecht behandelt oder durch verschärfte Gesetze nicht willkommen. Ein Abreißen des Flüchtlingsstroms über Schleswig-Holstein „gen Süden“ scheint vorerst nicht in Sicht.

Derweil hat Schleswig-Holsteins Ministerpräsident [Daniel Günther](#) (CDU), Liebling der „Kanzlerin der anderen“ und Chef einer Jamaika-Koalition, seine Partei davor gewarnt, den Fokus auf die Migration zu legen, für die Bürger seien andere Fragen wichtiger.





# Wissenschaftler: Vortrag in Schweden? Nein danke! Eher noch in Nigeria

Von EUGEN PRINZ | Der kürzlich auf PI-NEWS erschienene Artikel [„Tomte ist jetzt Türke“](#), der die fortschreitende Entwicklung Schwedens zu einem Shithole-Staat thematisiert, liefert einen guten Hintergrund für den nun folgenden Bericht. Doch lassen wir zunächst noch ergänzend den Bayernkurier, das Sprachrohr der Christlich Sozialen Union (CSU), zu Wort kommen. In dem Anfang 2016 erschienenen Artikel [„Afrikas Vergewaltiger im Hohen Norden“](#) heißt es:

*1975 beschloss das Stockholmer Parlament, das Land in großem Stil für multikulturelle Zuwanderung zu öffnen. Im gleichen Jahr wurden 421 Vergewaltigungen angezeigt. 2014 waren es dem Schwedischen Nationalrat für Verbrechensprävention zufolge 6620 Vergewaltigungsfälle. Das entspricht einer Steigerungsrate von 1472 Prozent, errechnet eine Studie des konservativen New Yorker Think Tank „Gatestone Institute“ unter der Überschrift: „Schweden – Die Vergewaltigungsmetropole des Westens.“*

*„Schweden ist für Frauen das gefährlichste Land außerhalb Afrikas geworden, mit einer Vergewaltigungshäufigkeit, die zehnmal höher liegt als bei seinen europäischen Nachbarn.“  
(David Goldman, Asia Times)*

Hierzu muss man wissen, dass Schweden seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten regiert wird. Dieses Land zeigt als abschreckendes Beispiel, wohin das führt. Die einst stolzen Wikinger wurden zu einer [von ideologisch irreführenden Weibern](#) dominierter Waschlappengesellschaft umerzogen, in der importierte Missstände bis zur Selbstverleugnung vertuscht und unter den Teppich gekehrt werden.

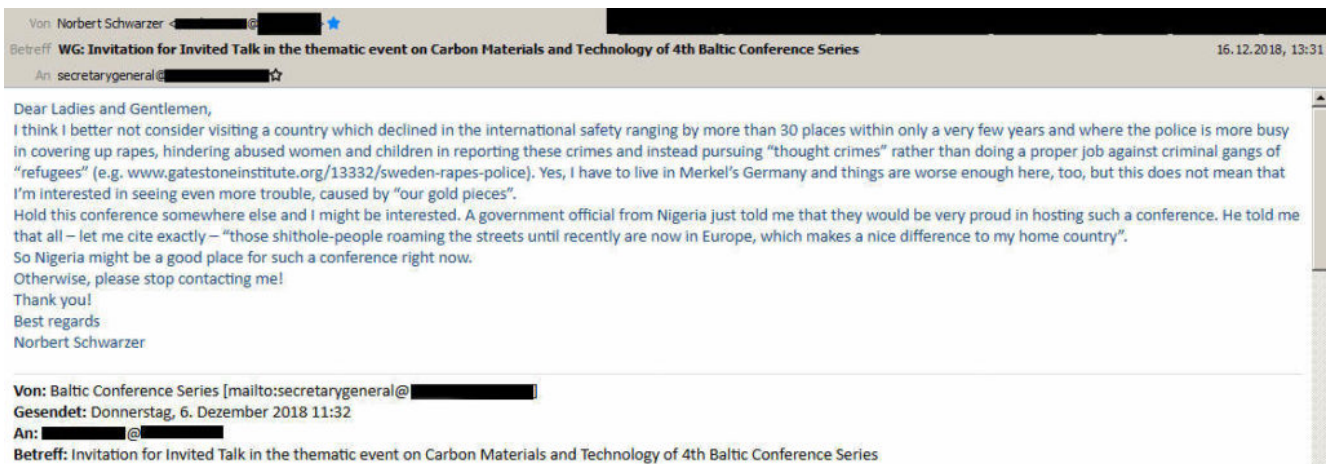
## Schwedens Ruf im Ausland leidet unter der Migrationspolitik

Darunter hat nicht nur die einheimische Bevölkerung zu leiden, auch der Ruf Schwedens im Ausland wird dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Und das hat Konsequenzen, wie Sie gleich lesen werden.

In Stockholm, der Hauptstadt dieses einstmals schönen Landes, finden im Rahmen der „[Baltic Conference Series](#)“ vom 13.-16. Mai 2019, Gastvorträge zum Thema „Carbonmaterialien und Carbontechnologie“ statt.

Die Veranstalter haben dazu auch den deutschen Wissenschaftler Dr. rer nat, Dr. habil. Norbert Schwarzer als Gastredner und Co-Organisator eingeladen. Norbert Schwarzer, der einen Dokortitel auf dem Gebiet der Kontaktmechanik hat, ist Gründer des Sächsischen Instituts für Oberflächenmechanik. Sein Fachwissen auf diesem Gebiet ist der Grund für die Einladung.

Doch die hat er mit folgender Begründung abgelehnt:



Übersetzung:

*Liebe Damen und Herren,*

*ich denke, dass ich besser nicht in Erwägung ziehe, ein Land zu besuchen, das in nur wenigen Jahren in der internationalen Sicherheitsrangliste um mehr als 30 Plätze abgerutscht ist und in dem sich die Polizei mehr damit beschäftigt, Vergewaltigungen zu vertuschen, missbrauchte Frauen und Kinder*

davon abzuhalten, eine Anzeige zu erstatten und „Gedankenverbrechen“ zu verfolgen, als gegen die kriminellen „Flüchtlings“ – Banden vorzugehen. Ja, ich muss in Merkels Deutschland leben und die Dinge sind hier auch schon schlimm genug, aber das bedeutet nicht, dass ich daran interessiert bin, NOCH mehr von unseren „Goldstücken“ verursachte Probleme zu besichtigen.

Halten Sie diese Konferenz woanders ab, dann bin ich vielleicht interessiert. Ein offizieller Regierungsvertreter aus Nigeria hat mir kürzlich gesagt, dass sein Land sehr stolz darauf wäre, eine solche Konferenz ausrichten zu können. Er verriet mir weiterhin, dass alle – ich zitiere wörtlich – „diese Shithole-Leute, die bis vor kurzem die Straßen bevölkerten, nun in Europa sind, was einen netten Unterschied für mein Heimatland macht.“

Also könnte Nigeria jetzt ein guter Platz für so eine Konferenz sein. Ansonsten, kontaktieren Sie mich bitte nicht mehr.

Danke!

### **Vorträge nur noch in zivilisierten Ländern mit volksnaher Regierung**

Dr. Schwarzer betonte dem Autor gegenüber, dass er sich nicht vor Tagungen drückt, im Gegenteil. Gerade war er aus Texas zurückgekehrt, wo er auf Einladung der großen A&T-Uni einen Vortrag gehalten hatte.

Weitere Einladungen nach San Diego, Orlando und Prag wurden von ihm in jüngster Zeit ebenfalls akzeptiert. Zur Zeit liegen noch Anfragen für die „2nd International Conference on Quantum Mechanics and Nuclear Engineering-2019“ in Paris und die „8th International Conference on Mechanics of Biomaterials and Tissues (ICMOBT)“ in Waikoloa, Hawaii, auf dem Tisch.

Dr. Schwarzer hat es sich jedoch inzwischen zum Prinzip gemacht, „nur noch in zivilisierten Länder, also dort wo Sicherheit, sowie der Schutz und die Interessen der eigenen

*Bevölkerung vor den dummen, fast immer kinderlosen Ideologien einiger selbsternannter Herren-Gutmenschen kommen“ zu reisen.*

Abschließend zieht er noch eine vernichtende Bilanz über unser Land:

*Es reicht mir schon, wenn ich auf meinen Reisen durch die versifften, unsicheren, kunterbunt bereicherten und durchmusilierten Teile der Bundesrepublik muss. Da wird einem mit jeder Faser der eigenen Existenz bewußt gemacht*

*a) wofür man Steuern bezahlt und niemals selbst etwas davon haben wird (außer dass man die eigene Vernichtung und den Genozid an den autochthonen Völkern Europas finanziert)*

*b) warum man bald nicht mehr wiederkommen wird*

*c) warum man in keinem Fall mehr die Kinder hier studieren lassen wird*

## **Fachkräfte**

Ja, so treibt man die Eliten, die Wissenschaftler und die Fachkräfte aus dem Land, liebe Bundesregierung! Die GroKo hat sich jetzt übrigens jetzt auf ein so genanntes [Fachkräfteeinwanderungsgesetz](#)“ geeinigt. Damit sollen Fachkräfte aus Nicht-EU Staaten nach Deutschland geholt werden, um den Fachkräftemangel zu beseitigen. Fachkräftemangel? Der Autor muss gestehen, dass er jetzt etwas verwirrt ist. Kamen nicht 2015 ff. über 1.5 Millionen „Fachkräfte“ nach Deutschland? Wo sind die denn alle geblieben? Der Autor wäre für diesbezügliche Informationen wirklich dankbar.

Aber jetzt zurück zum Thema:

## **Weitere Absage**

Inzwischen hat sich auch noch einer seiner Kollegen solidarisch mit Dr. Schwarzer erklärt und seine Teilnahme in Stockholm ebenfalls abgesagt:

Von: [mailto: ]

Gesendet: Sonntag, 16. Dezember 2018 13:59

An: Norbert Schwarzer < >; secretarygeneral@

Betreff: Re: WG: Invitation for Invited Talk in the thematic event on Carbon Materials and Technology of 4th Baltic Conference Series

Dear Mr. NEETI CHOUDHARY,

as an experimental physicist in research and education, I feel exactly what Dr. Norbert Schwarzer wrote you and declare herewith to be solidary with him. You should first recover your country Sweden from its "failed state" right now.

Moreover, please consider that our lives depend to 100% on the central organic chemistry role the element carbon is playing in our bodies, including the CO2 we exhaust. Forget about the climate discussion, this is a leftwing lie in their global propaganda.

I wish you a nice conference without us and without other realistic thinking people,

[redacted]

## Übersetzung:

*Lieber Herr Neeti Choudhary,  
als Experimentalphysiker in Forschung und Lehre empfinde ich das selbe, das Ihnen Dr. Schwarzer geschrieben hat und erkläre mich hiermit solidarisch mit ihm. Sie sollten zuerst Ihr Land Schweden aus seinem „gescheiterten Zustand“ wiederherstellen. Zudem, denken Sie bitte daran, dass unser Leben zu 100% auf der zentralen organischen Chemie des Elementes Kohlenstoff in unserem Körper basiert, einschließlich des CO2, das wir ausatmen. Vergessen Sie die Klimadiskussion, diese ist eine Lüge linker Kreise im Rahmen ihrer globalen Propaganda. Ich wünsche Ihnen eine schöne Konferenz ohne uns und ohne andere realistisch denkende Menschen.*

Die jahrzehntelange Politik der dauerregierenden Sozis zum Schaden des eigenen Volkes zeigt nun auch noch eine negative Außenwirkung auf den für Schweden so entscheidenden Technologie-Sektor.

Deutschland wird es nicht anders ergehen, denn die Aussagen, die unsere Spitzenfachleute und Headhunter schon heute in den hochtechnisierten Ländern hören, sprechen nicht dafür, dass demnächst noch irgendwelche Wissenschaftler von Weltruf in Deutschland leben oder arbeiten möchten.

---



# Schweden: Tomte ist jetzt Türke und Regierungsbildung erneut gescheitert

Von ALSTER | Nun hat es auch die schwedische mythologische Figur Tomte erwischt. „Ein echtes schwedisches Weihnachtsfest hat deutsche Fichte, niederländisches Safranbrot und einen türkischen Tomte“, schreibt die [Kaufhauskette Ähléns](#) in einer neuen Werbekampagne, um einen „Mythos“ des schwedischen Weihnachtsfestes zu eliminieren.

Seit heidnischer Zeit war der schwedische Tomte ein Wichtel, der auf dem Bauernhof lebte und ihn, seine Bewohner und die Haustiere beschützte. Ihn kennen wir unter anderem aus den Kinderbüchern von Astrid Lindgren etwa als „Tomte Tummetott“. Der moderne schwedische Jultomte (Weihnachtsmann) kam erst in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts auf und ist eine Kombination aus dem ursprünglichen schwedischen Tomte und dem heiligen Sankt Nikolaus. Aus dem geheimnisvollen Tomte wurde nun ein großzügiger Weihnachtswichtel, der Geschenke verteilte. Sankt Nikolaus mischte sich ein wenig mit der nordischen Mythologie. Sankta Klaus oder Nikolaus von Myra oder Nikolaus (Nicolaus Myrensis) war ein Erzbischof von Myra, geboren rund 280 in Patara, am 6. Dezember 343 in Myra gestorben, also absolut nicht türkisch.

Nikolaus war Grieche – griechisch, weiß, christlich, römisch, europäisch. Die Türken kamen erst in den 1000er Jahren nach

Kleinasien! Das multikulti Kaufhaus Åhléns verbreitet also Fake News.

### **Weitere Zerstörung von Brauchtum in Schweden**

Eltern von Kindern in einer Vorschule in Motala wurde angekündigt, dass die Schule die [Lucia-Feiern beendet](#). Der Grund: „Wir haben die Entscheidung im Rahmen des Schulrechts gegen Diskriminierung und Missbrauch getroffen. Wir wollen niemanden ausschließen „, sagte die Schulleiterin Anna Karmskog. Auch die Geschlechterperspektive durch Lucia wurde in Frage gestellt.

### **Immer noch keine neue Regierung**

Auch mehr als drei Monate nach der Wahl hat Schweden immer noch keine neue Regierung. Weil niemand mit den Schwedendemokraten regieren will, ohne sie aber kein Block eine Mehrheit hat, steckt die Regierung weiterhin in der Krise, und eine Neuwahl rückt näher. Nachdem die Zentrumsparterie unter der Soros-Bewunderin Annie Lööf bisher jede Regierungsbildung verhinderte, hat der Parlamentspräsident (Talman) Andreas Norlén angekündigt, zunächst erneut mit den Parteichefs reden zu wollen. Gleichzeitig wolle er aber auch das Amt für Wahlvorbereitungen mit vorbereitenden Arbeiten für eine Neuwahl beauftragen. Er kann noch zwei weitere Abstimmungen ansetzen; werden vier Ministerpräsident-Kandidaten vom Parlament abgelehnt, muss in Schweden automatisch neu gewählt werden. [PI-NEWS berichtete ausführlich](#) vom bisherigen Verlauf der Regierungsbildung.

Weiterer Ablauf:

- Am 12. November wurde der Parteichef der Moderaten, Ulf Kristersson, vom Parlamentspräsidenten als Staatsminister vorgeschlagen.
- Am 14. November stimmte der Reichstag mit 154 Ja und 195 Nein gegen Ulf Kristersson als Ministerpräsidenten. Die Zentrumsparterie und die Liberalen aus der bürgerlichen Allianz

stimmten damit zusammen mit den Rot/Grünen gegen ihren eigenen Bündniskollegen.

– Am 15. November beauftragt der Parlamentspräsident die Parteichefin der Zentrumsparterie, Annie Lööf, um die Möglichkeiten für eine neue Regierung auszuloten.

– Am 22. November erklärt Annie Lööf, dass ihre Sondierungsversuche fehlgeschlagen sind.

– Am 23. November gibt der Parlamentspräsident Andreas Norlén bekannt, dass er den Reichstag über Stefan Löfven als Ministerpräsident abstimmen lassen will.

– Am 10. Dezember erlärte die Zentrumschefin Annie Lööf, dass die Sondierungsverhandlungen mit den Sozialdemokraten (Löfven) gescheitert sind.

– Am 12. Dezember schlägt der Parlamentspräsident Stefan Löfven als Ministerpräsident vor. Am gleichen Tag wird der Haushaltsentwurf der rot/grünen Übergangsregierung abgelehnt. Der Reichstag stimmte für den Budgetvorschlag der Moderaten und Christdemokraten.

– Am 14. Dezember wird Stefan Löfven im Reichstag erneut nicht gewählt.

Stefan Löfven, Ulf Kristersson, Annie Lööf und dann wieder Löfven: In Schweden geht der Krimi um die Bildung einer neuen Regierung in eine weitere Runde.

Die Zeitung [Expressen](#) schreibt:

*Es ist Annie Lööfs Rolle in diesem politischen Chaos, die besonders hervorzuheben ist. Sie erdreistete sich, gegen alle vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten des Parlamentspräsidenten zu stimmen. Am Freitagmorgen stimmte sie gegen Löfven. Vor einigen Wochen hat sie ihren eigenen Bündniskollegen Ulf Kristersson als Premierminister abgewählt. Bei ihrem unermüdlichen Streben nach der ersten Geige im schwedischen politischen Herstdrama hat sie alle Mittel, die ihr zur Verfügung standen dazu verwendet, um sowohl ihre politischen Gegner als auch ihre Freunde der Alliierten zu verletzen. Niemand hat verstanden, wonach sie*



*gesucht hat. Die Frage ist, ob dieses Manövrieren von Lööfs Seite letztendlich dazu führen soll, dass sie zum Premierminister ernannt werden soll.*

### Mehr Schwedisches:

Die Grünen (Miljöpartiet) in Eslöv schlagen vor, dass Personen, die keinen Multikulturalismus mögen, Hilfe bekommen sollten, um aus ihren Häusern „umzusiedeln“. Die Partei möchte auch, dass Angestellte in der Gemeinde, die keinen Multikulturalismus wollen, [entlassen werden](#) und „Look, what is happening in Sweden? (Donald Trump).“

Über [300 Schiessereien](#), dabei 44 Menschen wurden dieses Jahr getötet. Die Zahl liegt weit über dem sogenannten „Rekordjahr“ im Jahr 2017. Jetzt sucht die schwedische Polizei Hilfe aus den Vereinigten Staaten.



## **Weiterhin „schwedische Zustände“ beim Regierungsbildungsprozess**

Von ALSTER | Am Dienstag hat die Vorsitzende der Zentrumspartei (8,6 Prozent Stimmenanteil bei den letzten Wahlen), Annie Lööf, [ihre Bereitschaft zur Wahl](#) des

Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Stefan Löfven, als Premierminister erklärt. Selbstverständlich stellt sie noch einige Bedingungen, aber der Sozialdemokrat wird sich wohl nicht lumpen lassen.

Im Interview mit [Dagens Nyheter](#) sagte sie: „Wir werden erst nach der Abstimmung über den Premierminister Verhandlungen mit den Sozialdemokraten aufnehmen. Wir stellen dann unsere Anforderungen über politische Reformen vor...“ Der bürgerliche Block, die Allianz mit den Moderaten, der Zentrumsparterie, den Liberalen und den Christdemokraten, ist damit perdu, und [Stefan Löfven ist begeistert](#). So wird es mit der Unterstützung der Zentrumsparterie und den Liberalen eine neue alte sozialistische Regierung in Schweden geben, die das Land weitere vier Jahre zerstören kann.

Katastrophen und Tragödien häufen sich, und während die [kriminelle Gewalt eskaliert](#) und Schießereien alltägliche Ereignisse in Schweden geworden sind, veranstalteten die etablierten Parteien Sandkastenspiele: wie bilden wir eine Regierung, an der die Schwedendemokraten (17,6 Prozent bei 7,5 Millionen Wahlberechtigten, Wahlbeteiligung 84 Prozent) in keiner Weise mitwirken können.

75 Tage sind seit der Wahl verstrichen, in denen die Parteiführer abwechselnd somnambul zwischen den Fernsehsesseln und dem Talman (Parlamentspräsident) Andreas Norlén bei Tee und Keksen sondierten. Am Freitag, den 23. November, gab der Talman bekannt, dass Stefan Löfven am 3. Dezember nach Möglichkeit eine Regierung vorschlagen soll und sich am 5. Dezember der Wahl zum Ministerpräsidenten (schwedisch Statsminister) stellen wird.

### **Annie Lööf und George Soros**

Zuletzt schien die liberale Zentrums Politikerin Annie Lööf vorerst(!) mit dem Versuch gescheitert zu sein, eine regierungsfähige Koalition zu schmieden. Aber sie hatte einen

Plan. Die [„Globalisierungsprinzessin“](#) schließt seit jeher kategorisch jegliche Zusammenarbeit oder auch nur eine Unterstützung durch die Schwedendemokraten (SD) aus.

Auf Instagram wurde Löf Ende Oktober nach der Wahl gefragt, ob sie ihr Treffen mit der globalistischen Bilderberg Gruppe 2017 und ihre Beziehung zu George Soros kommentieren möchte. In [ihrer Antwort huldigte](#) Annie Löf George Soros als eine starke, mutige Person, der viel Gutes tut und getan hat. Sie betonte weiter, dass sie „gerne ein persönliches Verhältnis zu solch einer Person hätte, die durch ihre Taten wichtige Werte in unserer Zeit voranbringen“. So erklärt sich, dass die Soros-Bewunderin ihren Hauptfeind in den Globalisierungsgegnern, den Schwedendemokraten, sieht.

### **Annie Löf und Löfven**

[2013 sagte Annie Löf noch](#), dass sie lieber ihren rechten Schuh essen würde, als die Sozialdemokraten zu unterstützen und im letzten Wahlkampf sollte ganz klar die rot/grüne Löfven-Regierung abgewählt werden. Natürlich gibt es klare taktische Beweggründe für ihr Spiel. Durch Aussagen und Handlungen hat sie sich als die schlimmste Nein-Sagerin in der Regierungskrise herausgestellt. Die Zentrumspartei hat sowohl für den Rücktritt von Stefan Löfven als Premierminister gestimmt als auch gegen den eigenen Wahlkandidaten Ulf Kristersson. Am 14. November wurde Ulf Kristersson in einer parlamentarischen Abstimmung als Kandidat zum Ministerpräsidenten abgelehnt. Sowohl die Liberalen als auch die Zentrumspartei stimmten gegen ihn, obwohl er ihr Kandidat des bürgerlichen Blocks war.

Was immer Annie Löf jetzt auch tut, sie wird vielen Wählern als betrügerisch erscheinen. Wenn die Zentrumspartei für eine S-Regierung sorgt, während sie eine bürgerliche Regierung verhindert hat, wird sie für bürgerliche Wähler [lange Zeit als unzuverlässig](#) dastehen.

Auch der kleinere Partner im bürgerlichen Block, die Liberalen (5,5 Prozent), haben mit ihrem Chef Jan Björklund einen Überläufer zum sozialistischen Block. Hierbei hat er die liberale Partei aber gespalten. Annie Lööf (Zentrumspartei) und Jan Björklund müssen sich entscheiden: entweder eine Regierung mit Ulf Kristersson (M), die dann die Unterstützung von den Schwedendemokraten benötigt, oder eine Regierung mit Stefan Löfven (S), der von den Grünen (MP) und Kommunisten (V) unterstützt wird. Wahrscheinlich lassen sich die Liberalen von Annie Lööfs Entscheidung beeinflussen. Eine Entscheidung, die weder durch die Wähler noch durch das Wahlergebnis legitimiert ist.

Jimmie Akesson, der Chef der Schwedendemokraten, hofft auf Neuwahlen. Seine Partei ist bereits in Umfragen bei knapp 20 Prozent angelangt und wird angesichts des Verhaltens der schwedischen Altparteien weiter Zulauf bekommen.

Währenddessen: In diesem Jahr wurden in Schweden [42 Menschen bei 272 Schießereien](#) getötet. In fünf Jahren sind die Schießereien um 400 Prozent gestiegen. Die Schießereien geschehen alle 1,3 Tage, um gar nicht über die zehntausenden Vergewaltigungen zu reden. Der Kontrollverlust ist für alle sichtbar, alle Lichter blinken rot, aber die schwedischen Politiker äußern sich nicht dazu. Und mit den [zukünftigen finanziellen Problemen](#) wird es auch immer schlimmer.

Der alte und wohl auch neue Ministerpräsident von Schweden, Stefan Löfven, hat [derweil den Migrationspakt unterschrieben](#) – damit alles so weitergehen kann.

---



# Schwedens Annie Lööf und Friedrich Merz mit trilateralen Gemeinsamkeiten

Von ALSTER | Michael Jalving schreibt in der dänischen Zeitung [Jyllandsposten](#) über die beiden Lame Ducks aus Schweden und Deutschland, die eigentlich abgewählt sind aber noch nicht gänzlich zurücktreten wollen: „Ade (farvel) Löfven und Merkel! Etwas florentinische Aufbauhilfe ist empfehlenswert, während wir uns von zwei der größten Schurken in der europäischen Politik verabschieden... Die beiden Politiker, die 2015 die Hauptverantwortung für den Import von 1,5 Millionen Fremden nach Westeuropa tragen, verabschieden sich aufgrund ihrer grassierenden Ideologie der Offenheit und sagen Tschüss und Danke – gleichzeitig...beide sprachen laut und schön über Anstand und Zusammenhalt; beide hinterlassen Chaos und Konflikte... die entthronisierten Päpste des weichen und naiven Westeuropas...Hej då! Alles ist vorbei.“

Nicht zuletzt, weil sie und ihre Unterstützer sich geweigert haben, die Bedrohung liberaler Demokratien durch die islamische Immigration anzuerkennen...Ein neuer Tag kann beginnen, obwohl die erste und beste Frage sein wird, was nach Merkel und Löfven kommt. Die Dinge können immer schlimmer werden, Chaos ist bekanntlich eine Konstante im menschlichen Leben. Aber es kann auch besser werden.“

**Annie Lööf und Friedrich Merz sind Mitglieder der**

## **Trilateralen Kommission.**

Besser? Eher nicht, denn da sind wir dann auch bei Annie Lööf und Friedrich Merz. Beide werden als potenzielle Nachfolger von Löfven bzw. Merkel gehandelt. Beide sind Mitglieder der Trilateralen Kommission, ein Bilderbergprodukt, das von David Rockefeller, Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski direkt auf der Bilderbergkonferenz vom Juli 1973 gegründet wurde.

[Annie Lööf](#) ist die Vorsitzende der viertgrößten Partei, der Zentrumspartei. (Centerpartiet, 8%). Sie hat kategorisch jede Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten (17,6%) abgelehnt. Annie Lööf ist die Frau, die dafür sorgt, dass Schweden noch keine Regierung hat.

Friedrich Merz hat [ungleich mehr Funktionen](#) innerhalb der Wirtschafts-Globalisten inne: der Deutschen Börse AG, beim AXA-Konzern, bei der IVG Immobilien und vielen mehr. Er ist außerdem Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers von BlackRock, dem weltgrößten Vermögensverwalter mit Sitz in New York... Zudem ist er Vorsitzender des »Netzwerkes Atlantik-Brücke« und eben auch Mitglied der „Trilateralen Kommission“.

## **Die chaotische Regierungsbildung in Schweden bis jetzt**

Auch zwei Monate nach der Parlamentswahl zeichnet sich bei der Regierungsbildung in Schweden keine Lösung ab. Durch die undemokratische Ausgrenzung der Schwedendemokraten konnte keine tragfähige Mehrheit gebildet werden. Zuletzt hatte sich der Sozialdemokrat Stefan Löfven um eine Zusammenarbeit zwischen dem Mitte-rechts- und dem Mitte-links-Block bemüht. Vor ihm war Mitte Oktober bereits der Chef der konservativen Moderaten Partei Ulf Kristersson mit der Regierungsbildung gescheitert. Parlamentspräsident Andreas Norlén kann insgesamt vier Mal Kandidaten vorschlagen, die eine Regierung bilden sollen. Scheitern sämtliche Versuche sind Neuwahlen nötig. Inzwischen hat Jan Björklund (Parteichef der Liberalen innerhalb der bürgerlichen Allianz) Annie Lööf

als Kandidatin für die Regierungsbildung vorgeschlagen. [Die Presse](#) sieht sie schon als Ministerpräsidentin (schwedisch Statsminister).

Ganz genauso wie unsere Presse Friedrich Merz schon als Kanzler sieht.

Im Moment wartet man in Schweden auf die nächste Entscheidung des Parlamentspräsidenten. Wen wird er als nächstes mit der Regierungsbildung beauftragen?

Spätestens zum 15. November muss ein [Haushaltsbudget vorgelegt](#) werden. Die Finanzministerin der sozialdemokratischen Übergangsregierung, Magdalena Andersson, will am 14. November ein „parteineutrales“ Budget vorlegen, über dessen Inhalt sie mit sämtlichen anderen Parteiführern bereits gesprochen habe – ausgeschlossen den Schwedendemokraten. Die Haushaltsfrage wird höchstwahrscheinlich einen heftigen politischen Streit im Reichstag entfachen, denn der Übergangshaushalt wird von den Moderaten in Frage gestellt. Ihr Parteichef Ulf Kristersson kündigte umgehend einen eigenen Haushaltsentwurf an – und hier kommen die Schwedendemokraten wieder ins Spiel.



## Studentin presst Afghanen aus

# Abschiebeflug frei – jetzt droht Knast

Von L.S.GABRIEL | Die schwedische Studentin Elin Ersson stieg mit der Absicht die Abschiebung eines Afghanen zu verhindern am 23. Juli 2018 in Göteborg in ein Flugzeug der Turkish Airlines Richtung Istanbul. Sie weigerte sich ihren Sitzplatz einzunehmen, ehe der Asylbetrüger nicht die Maschine wieder verlassen dürfe. Die Crew versuchte sie vergeblich zur Einsicht zu bringen, bis der Kapitän der Erpressung nachgab und der Afghane aussteigen musste. Ersson filmte die Aktion mit ihrem Handy und streamte die Aufnahme live ins Internet ([PI-NEWS berichtete](#)). Die linke Asylunterstützerin war danach von der linken Szene und Mohammedanern im Internet gefeiert worden. Nun hat die Sache ein Nachspiel.

Am Freitag kündigten die schwedischen Staatsanwälte an, dass Ersson wegen „Verbrechens gegen das Luftfahrtgesetz“ strafrechtlich verfolgt werde. Ihr drohen dafür bis zu sechs Monaten Gefängnis, berichtet der [Guardian](#).

Die linke DummmenschIn, die sich [vor allem für Afghanen einsetzt](#), sieht aber bis heute nicht ein, dass sie gegen das Gesetz verstoßen habe, sondern macht was Linke gerne machen, sie erkennt Gesetze, die ihr nicht in den Kram passen einfach nicht an: „Mein Ausgangspunkt ist, dass er ein Mensch ist und es verdient zu leben. In Schweden haben wir keine Todesstrafe, aber die Abschiebung in ein Land im Krieg kann den Tod bedeuten.“ Wenn jemand ein Verbrechen begangen habe, könne er dafür ja in Schweden inhaftiert werden, rechtfertigt sie ihre Tat und sagt: „Wenn es sein müsste, würde ich es wieder tun.“

Dass sie nun dafür ins Gefängnis soll versteht sie nicht. Zudem wollte sie ja eigentlich einen ganz anderen Mann freipressen. Die Studentin war davon ausgegangen, dass sich auch der 21-jährige Ismail Khawari aus Afghanistan an Bord



befände. Seine Familie hatte davor das linke Netzwerk „Sittstrejken“, in dem Ersson aktiv ist, kontaktiert, damit es helfe die Abschiebung zu verhindern. Khawaris Abschiebung war aber von Stockholm aus geplant gewesen und wurde auch am Tag darauf durchgeführt.

Auch der 52-Jährige, der an diesem Tag die Maschine wieder verlassen durfte und der in Schweden schon wegen Körperverletzung rechtskräftig zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, wurde bald darauf abgeschoben. Ersson erklärte später, ihr Fokus liege nicht darauf, was der Mann in seinem früheren Leben getan habe. So einfach ist das für linke Dummköpfe.

Gudrun Romeborn von der Gruppe „Sittstrejken“ sagt: „Elins Mut hat viele Menschen inspiriert.

Ja, Verbrechen ist eben inspirierend für Linke.

Hier noch einmal das Video der Aktion:



**Trotz Wahlerfolg der  
Schwedendemokraten: Schweden**

# vor „weiter so“

Von ALSTER | Die erhoffte Sensation bei der Wahl am Sonntag in Schweden blieb aus. Nach Auszählung fast aller Wahlkreise haben die Schwedendemokraten zwar das beste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren, den großen Erfolg aber verpasst. Sie wurden drittstärkste Partei mit knapp unter 18 Prozent.

Nach den Umfragen vor der Wahl muss das Ergebnis enttäuschen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Schwedendemokraten unter Jimmie Åkesson mit dem Zugewinn von 13 Mandaten von 49 bei den Wahlen 2014 und jetzt 62 Mandaten bei diesen Wahlen auch Wahlsieger sind.

Demgegenüber haben die Sozialdemokraten (28,4 Prozent) 12 Mandate verloren, was Parteichef [Stefan Löfven](#) nicht daran hindert zu verkünden, dass er Schweden weiterregieren will. Auch die jetzt zweitstärkste Kraft, die konservativen Moderaterna (19,8 Prozent), haben 3,5 Prozent verloren.

Immerhin können die Schwedendemokraten durch ihr starkes Ergebnis jede stabile Regierungsmehrheit für das rot-grüne oder das liberal-konservative Lager verhindern. Die traditionellen Blöcke liegen gleichauf: Sozialdemokraten, Grüne und die sozialistische Linkspartei kamen nach einer vorläufigen Berechnung der Wahlbehörde zusammen genauso auf 143 Mandate wie die liberal-konservative Vier-Parteien-Allianz unter Führung der Moderaten.

Die Regierungsverhandlungen werden also deshalb so schwierig, weil keiner der traditionellen Blöcke allein regieren kann, bisher aber auch keine Partei ihr traditionelles Lager verlassen will. Es bliebe nur eine Zusammenarbeit mit den einwanderungskritischen Schwedendemokraten, die die Parteien nicht wollen.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Allianz sich doch mit den Schwedendemokraten zusammensetzen, oder es gibt

ein Ende der Blöcke und die Bildung einer Koalitionsregierung aus Parteien, die dann zusammen die Mehrheit haben. Die Sozialdemokraten selbst brachten diese Möglichkeit am Wahlabend auf. „Die Parteivorsitzenden müssen mit dem brechen, was sie vor der Wahl gesagt haben“, sagte Anders Ygeman, Fraktionschef der Sozialdemokraten im Reichstag. Die Schweden müssen nun sehr geduldig sein, die Regierungsbildung wird dauern.



Stockholmer Stadtteil Rinkeby (83 Prozent Migranten), wo [77 Prozent](#) [kraten wählten.](#)

Unterdessen hat Michael Aastrup Jensen als Wahlbeobachter das Wahlsystem in Schweden scharf kritisiert: „Es ist das undemokratischste, was ich je gesehen habe“, sagte das dänische Parlamentsmitglied (venstre, liberale Partei) unter anderem dem TV2 News und dem schwedischen Nachrichtensender TT. Schweden liege „weit unter dem europäischen Standard“. Jensen ist Mitglied der dänischen OSZE-Delegation und wurde mehrmals als Wahlbeobachter ausgesandt, zum Beispiel in Russland und Osteuropa.

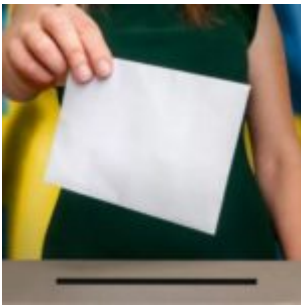
Der dänischen Zeitung Berlingske sagte Jensen, er habe am

Wahltag ein Wahllokal in Malmö besucht und erlebt, wie „Parteisoldaten“ draußen standen und versuchten, Wähler ihre Stimmzettel aufzudrücken.

Es gab auch mehrere Zwischenfälle. So waren in Göteborg im Wahllokal der Annedalsskolan [keine Wahlzettel der einwanderungskritischen Schwedendemokraten](#) vorhanden.

Haben die Schweden für den sozialen Zusammenbruch, für eine weitere Masseneinwanderung, Bandenkriminalität, Islamisierung, mehr Vergewaltigungen, arme Rentner und Kinderheirat gestimmt?

---



## Schweden wählt

Von ALSTER | Unweit der rotgrün regierten Antifa- und Islam-Hochburg Hamburg (Luftlinie Hamburg-Malmö 297 km), wird das etwas linkskränkere Schweden am Sonntag, den 9. September, ein neues Parlament wählen. Unsere [linken Medien](#) befürchten den „Abschied von Bullerbü“ oder den „[Abschied von der Idylle](#)“.

Immerhin erwähnen sie Probleme, die durch die enorme Masseneinwanderung entstanden sind. Über das Ausmaß der Veränderung in Schweden [berichtet PI-NEWS schon seit Jahren](#).

In Schweden wurde jahrzehntelang von sozialdemokratischen Regierungen ein Multikulti-Experiment durchgezogen. Für das Establishment ist es bis vor kurzem ein Tabu gewesen, darüber zu reden, dass durch Migration auch Probleme entstehen.

Nun liegen die national-konservativen Schwedendemokraten (SD), die lange als einzige Partei auf die Probleme hingewiesen haben, in den Umfragen weit vorne. Bei den Wahlen am Sonntag könnten sie erstmals stärkste Kraft in Schweden werden.

Selbst [spiegel.de](https://www.spiegel.de) schreibt:

*Morde und Gewalt erschüttern seit Monaten Schwedens Großstädte. Die Täter haben oft einen Migrationshintergrund. Rechtspopulisten könnten bei der Wahl stärkste politische Kraft werden.*

Die [Neue Züricher Zeitung](#) ist in ihrer Wortwahl aber noch klarer. Unter dem Titel „Schwedens Integrations-Traum ist geplatzt“, beschreibt das Blatt die, durch die geförderte Invasion hochexplosive Situation im Land:

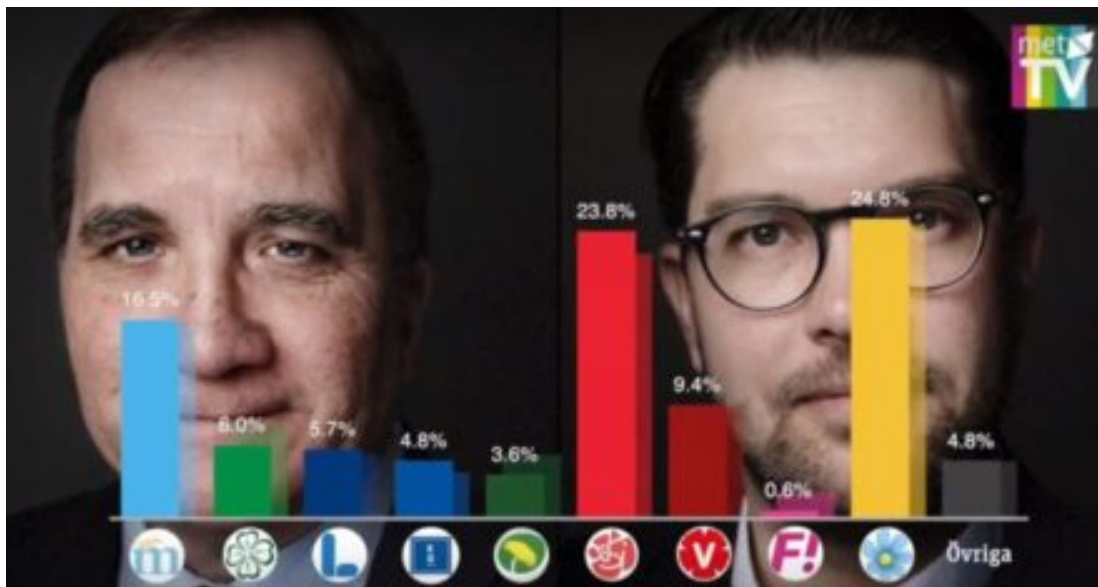
*Fast eine Schiesserei pro Tag im Durchschnitt und mehr als 40 Tote als Folge [...] in den nach schwedischer Sprachregelung «sozial besonders stark exponierten Vororten», von welchen es in Stockholm, Göteborg und Malmö insgesamt rund zwei Dutzend gibt, fühlen sich viele nicht mehr sicher auf der Strasse. [...]*

*Die rechtsnationalen Schwedendemokraten verlangten bereits, in den Problemquartieren das Militär einzusetzen, wenn die Polizei überfordert sei. Der Vorschlag wirbelte viel Staub auf; Sicherheitsexperten konterteten, dass das Militär für solche Aufgaben gar nicht ausgebildet sei. Mehr noch gab indes zu reden, dass der sozialdemokratische Ministerpräsident Löfven dem Vorstoss keine klare Absage erteilte. [...]*

*Bei den landesweit derzeit 61 Quartieren, die von der Polizei als «exponiert» oder «sehr exponiert» eingeschätzt werden und wo rund 200 kriminelle Netzwerke mit insgesamt etwa 5000 Mitgliedern am Werk sein sollen, handelt es sich durchgehend um Stadtgegenden mit hohen Anteilen von Immigranten. [...]*

*Schweden hat es über Jahrzehnte verpasst, seine explizit humanitär ausgerichtete Migrationspolitik mit effizienten Mechanismen der Integration der Zuwanderer zu unterlegen. Im Gegenteil hat eine Kombination von Faktoren dazu beigetragen, Segregation sogar zu zementieren. [...] Die Jugendlichen, die heute Teil krimineller Banden sind, sind das Resultat einer gescheiterten Integrationspolitik der letzten zwanzig Jahre. Wenn es Schweden jetzt nicht gelingt, das Steuer herumzureissen, wird in den Problem-Vorstädten die Zukunft noch düsterer.*

Nur noch wenige Tage vor der Wahl liegen die Schwedendemokraten in den Umfragen immer noch vorne. In der letzten Yougov-Umfrage vor der Wahl mit 24,8 Prozent, es folgen die Sozialdemokraten als zweitgrößte Partei mit 23,8 Prozent und die Moderaten als drittgrößte Partei mit 16,5 Prozent. Die Grünen (MP) würden mit 3,6 Prozent die Vier-Prozent-Hürde verfehlen.



Jimmi Akesson, 39 Jahre alt und seit 2005 Chef der „rechtspopulistischen“ Schwedendemokraten (SD), versucht seit Jahren mit Erfolg, seine Partei salonfähig zu machen. Er warf vermeintliche allzu rechtsradikale Mitglieder raus und gab sich konsequent gemäßigt. Daraufhin wurde im Jahr 2017 die Alternative für Schweden (AfS) gegründet. Dabei handelt es

sich vorwiegend um Mitglieder der Jungen Schwedendemokraten, die 2015 von der Mutterpartei kollektiv ausgeschlossen wurden. Für sie war die SD einfach zu politisch korrekt geworden. Geführt wird die Partei von Gustav Kasselstrand. Inspiriert wurde diese Parteineugründung von der Alternative für Deutschland, der FPÖ und vom Front National (jetzt Rassemblement National).

Die AfS hat [gute Chancen](#), es in den schwedischen Reichstag zu schaffen, zumal vier ihrer Mitglieder schon im Reichstag sitzen. Die AfS hat beim Themenfeld Migration/ Asyl/ Remigration ein schärferes Profil.

Die Prognosen für die Sozialdemokraten und die Grünen sehen schlecht aus. Für die in Schweden amtierende rot-grüne Minderheitsregierung könnte der 9. September zu einem Problem werden. Beide haben an Zustimmung verloren, genau wie die drittstärkste Partei Moderaterna (16,5%), die mit der CDU vergleichbar sind.

Wie könnte eine Regierungsbildung aussehen?

Das ist völlig unklar. Bisher haben alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten ausgeschlossen. Bei den konservativen Moderaten mehrten sich zuletzt aber die Stimmen, auf die SD zuzugehen. Allerdings schließt deren Parteichef Ulf Kristersson eine Zusammenarbeit aus. Er wirbt für eine Regierung mit Liberalen, Zentrumspartei und Christdemokraten, den drei anderen Mitte-Rechts-Parteien. Nicht ausgeschlossen ist laut Experten aber weiterhin eine Mitte-Links-Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und der Linkspartei.

Schweden hat die Wahl: Eine „weiter so Politik“ oder neue Politik. Ohnmacht oder Freiheit. Chaos oder Zivilisation. Islam oder Demokratie. Globalismus oder Nation. Darum geht es jetzt bei allen Wahlen in Europa. Es muss aufgeräumt werden, wenn wir in einem einigermaßen zivilisierten Europa leben

wollen..

---



# Schwedische Wahldebatte auf arabisch

Von ALSTER | 17 Tage vor der Reichstagswahl in Schweden (fünf Wochen vor der Landtagswahl in Bayern) hat „Radio Sweden“ (Sveriges Radio, SR) eine [Wahldebatte auf arabisch](#) abgehalten. Laut SR sollen neu angekommene Einwanderer in Schweden erreicht werden, die arabisch sprechen.

„In diesem Jahr gibt es Rekordzahlen bei den Kommunal- und Kreiswahlen, und ein großer Teil spricht arabisch. Es ist wichtig, dass sie wissen, wie die Debatte abläuft und was die verschiedenen Parteien vorhaben“, sagte Samar Hadrous, Programmchef von Radio Schweden, dem Nachrichtensender Ekot. In der Debatte soll über Familienzusammenführung, Regierungsbildung und Arbeitslosigkeit diskutiert werden.

In den Wochen vor der Wahl bieten Schwedens Medien auch andere politische Ereignisse auf Arabisch, Somali, Persisch und Kurdisch an. Zur Zeit bietet Schwedens Radio Wahlmatten (valkompass) [in acht verschiedenen Sprachen](#) an: Schwedisch, Englisch, Arabisch, Persisch /Dari, Südkurdisch/Sorani, Nordkurdisch/Kurmanci, Somali und lätt svenska (leichtes schwedisch, für die, die neu in Schweden sind).



In Schweden muss man [nicht eingebürgert sein](#), um wählen zu können. Jeder Nicht-Europäer oder Staatenlose, der vor dem Wahltag drei Jahre hintereinander im Land und in der Gemeinde- oder Bezirksverwaltung registriert war, hat ein Stimmrecht.

Einziges Wermutstropfen für die multikulturalistischen EU-Lemminge könnten Allahs Krieger werden, denn Allah verbietet es schließlich, an der Reichstagswahl teilzunehmen. „Definitiv hat Allah es verboten, Gesetze zu erlassen oder anzuwenden, außer diejenigen, die Allah offenbart hat. Allah verbietet das nicht-islamische Recht.“

[Diese Botschaft verbreitet](#) die Organisation Hizb ut-Tahrir jetzt an alle Muslime in Schweden. Ist ja auch logisch, schließlich sind sie gehalten, einen islamischen Staat, ihr Kalifat, zu etablieren.

### **Demokratische Wahlen?**

Schweden hat eine sehr lange demokratische Tradition. Dennoch hat Schweden ein Wahlsystem, in dem das Wahlgeheimnis nicht vollständig für diejenigen garantiert ist, die ihre demokratischen Rechte ausüben. In Schweden liegen die Stimmzettel offen aus (siehe oben), das heißt, dass für alle anderen im Raum sichtbar wird, welche Partei man wählt. Der einzige Weg, um zu verhindern, dass jemand sieht, für welche Partei man stimmt, ist im Prinzip, Stimmzettel von mehreren Parteien mitzunehmen.

Nun wird vermeldet, dass erstmals auch internationale Wahlbeobachter am 9. September in Schweden den demokratischen Ablauf der Wahlen überwachen sollen. Es war eine Forderung aus Russland, die die Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa, die OSZE, veranlasst hat, Beobachter zu den schwedischen Parlamentswahlen zu entsenden.

[Russland fordert seit Jahren](#) eine Wahlüberwachung in westlichen Ländern. Insbesondere soll kontrolliert werden, ob in jedem Wahllokal für jede Partei genügend Wahlzettel

ausgelegt werden.

Schwedens derzeitiges Wahlsystem bietet vielerlei Möglichkeiten zur Wahlfälschung. So wurden Stimmzettel der islamkritischen Schwedendemokraten einfach im Wahllokal versteckt. Im Rathaus in Falkenberg wurden die SD-Stimmzettel in der Verpackung in einem Lagerraum „vergessen“. Sara-Lena Bjälkö, SD, [fordert nun diejenigen](#), die vor der Wahl am 9. September abstimmen, dazu auf, darauf zu achten, wie es im jeweiligen Wahllokal aussieht.

Inzwischen hat das Justizministerium eine Änderung des Wahlsystems erarbeitet, das aber erst am 1. Oktober in Kraft treten wird – drei Wochen nach der Reichstagswahl, aber rechtzeitig vor der EU-Wahl.

Die derzeitige Wahlvorhersage: Die Sozialdemokraten und die Moderaten verlieren deutlich, Schwedendemokraten sind [immer noch die größte Partei](#).



## Schweden brennt – Deutschland schweigt und pennt

Von PETER BARTELS | Göteborg, Malmö, Hjällbo, Helsingborg: Flammendes Inferno, Autos, kleine und feine, Dutzende! Hunderte? Schweden brennt und keiner guckt hin. Schweigen im deutschen Blätterwalde, im Staatsfernsehen. Nur „beiläufige“

kleine Feuerlöscher-News hier und da ...

Was sich in der Nacht vom 13. zum 14. August überall in Schweden abspielte, war KRIEG. Grund für das große Schweigen: Die „Opfer“ waren die Täter. Wiedermal. Und schwarz verummte Berufs-Jugendliche von der Antifa – erst recht Moslems aus Arabia und Afrika – sind für die Gutmenschen in Germanien schon vom rot/grünen Grundsatz her, immer und überall die Gutesten aller Guten. Nicht nur in Göteborg, Malmö, Helsingborg, auch in Hamburg, Berlin, oder München. Ausserdem: Die Wikinger haben doch selbst schuld! Warum auch haben sie einst auf ihren Raubzügen die reichen Städte am afrikanischen Mittelmeer geplündert, statt sie mit Smörrebröd, Köttbullar halal, Billy Regal und anderen Ikea-Schätzen zu beglücken?! Alles hat seinen Preis, auch über 1000 Jahre später ...

Peter Bereit, wie eine Art [ACHGUT-Kriegsberichterstatter](#): „Videos von Anwohnern zeigen Straßenschlachten mit der Polizei ... Feuerwände brennender Fahrzeuge ... bürgerkriegsähnliche Zustände.“ W e n n mal deutsche Berichterstattung, dann unüberhörbare, durchatmende Erleichterung darüber, dass es ja nur „Gewalt gegen Autos“ (Sachen), nicht gegen Menschen war. Polizisten auch? Gottchen, die sind nun mal keine, seit Joschka Fischer nur Bullen, die man treten darf. Muhhh, Winnipuh! Und auch die Motive waren zum Glück „unergründlich“. Schwedisch ist Sprache schweres ... Der ACHGUT-Autor: „Während in anderen weitaus harmloseren Fällen sofort Mutmaßungen über die Täter und deren mögliches Motivationsgefüge angestellt wird, „Experten“ darüber labern, was man a l l e s n i c h t weiß, wird hier der Mantel des Schweigens ausgebreitet. WIR ALLE WISSEN, WARUM.“

Leider sind es nicht „kriminelle, psychisch angeschlagene Schweden, die ihre eigene Bevölkerung terrorisieren“. Es sind die, die es schon seit Jahren immer wieder tun ... Die von der Journaille stets zu „Benachteiligten“ bis in alle Ewigkeit geadelt werden ... Auch wenn sie in der dritten, vierten, fünften Generation nur eines lernen wollen: Habbede, Habbede –

mein Haus, meine Staats-Knete, mein Hammel!! Die jungen, blonden Schwedinnen laufen ja zum Glück noch an jeder Ecke rum. Bis auf die, die sich die Haare längst schwarz färben ...

Für schwedische Sozialdemokraten, wie für deutsche multikulti Politiker und Presse ist im Himmel immer Jahrmarkt: Es wird verschleiert und verschwiegen, inzwischen fast nur noch deshalb, „um die eigene total gescheiterte Politik reinzuwachsen“, schreibt PETER BEREIT. Die ACHGUT-Zwischenzeile „Migranten vor den Trümmern ihrer Illusionen“ beschreibt allerdings auch präzise den geistigen Zustand der Gutmenschen, die in Deutschland inzwischen sogar vor Gericht klagen, in Merkels Presseorganen beklagen, dass sie die vielen Tausend Euro „Bürgschaft“ für ihren Plüsch-Moslem tatsächlich selbst berappen sollen, wie einst unterschrieben. Sooo hatten sie das mit Gewissen und sanftem Ruhekissen dann doch nicht gemeint...

ACHGUT: „Eine als Religion verbrämte Ideologie“ ... ersetzt ... „fehlende Bildung durch kriminelles Engagement“. Sogar KONTRASTE, ein durch und durch menschenfindendes TV-Magazin, „staunte“ neulich „über kriminelle, arabische Großfamilien in Deutschland, die nahezu ungestört ihren Geschäften nachgehen und dabei ganze Dörfer in den Herkunftsländern mit Geldern aus Straftaten und dem deutschen Sozialsystem sanieren“. Merkel und ihre GRÜNEN, denen Europa und Deutschland den Untergang zu verdanken hat, träumen dagegen unverfroren, ungeniert weiter von kultureller Bereicherung. ACHGUT: „Augen zu und weiter so!“

<https://youtu.be/7aTtMWB01V8>

Schließlich macht der Autor eine erstaunliche Entdeckung: „Es sind nicht die LINKEN und GRÜNEN in Deutschland, in Europa, die ihre eigene Kultur, ihre Länder an die Wand fahren. Nein, es sind die konservativen Parteien, denen das eigene Land und die Bevölkerung zunehmend egal sind.“

Und: „Wir ... werden eine Katastrophe erleben, wenn wir nicht endlich was gegen den sozialen Sprengstoff unternehmen, der sich in Europa angesammelt hat und dessen Explosion (bis jetzt) nur durch gigantische Geldmengen verhindert werden konnte. Wir sollten endlich aufwachen ... Um das festzustellen, muss man weder Nazi noch AfD-Anhänger sein. Funktionierende Sinne reichen völlig aus.“

Tja, Kollege, genau diese 5 Sinne haben sich Merkel und ihre Wald- und Waldi-Schnepfen längst weggeschminkt. Und ihre schlaffen Scheinmänner wedeln und wackeln artig mit Schwänzchen und Poschi unterm Röckchen, worin sie sich nach dem laaangweiligen Reichstag, eeendlich nach Herzenslust ausgendern können. Für Nachwuchs sorgen derweil die Gäste im Park ...



Ex-BILD-Chef  
Peter  
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite!](#)